

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

19 (18.11.1949)

Der Wermutstropfen im Becher

„Militärdiktatur über 80 Millionen“

Es geht um die Methode wie um den Inhalt

Proteststreik gegen Demontage angekündigt

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G.m.b.H. Mannheim...

Tagesausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50...

Preis 15 Pf.

Jahrgang 1 / Nr. 19

Freitag, 18. November 1949

Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind in Gefahr!

Polizeikräfte bereitgestellt, um „Deutschland-Kongreß“ zu verhindern — Noack wirft Rheinland-Pfalz-Regierung Verfassungsbruch vor — Prof. Fascher und Agricola protestieren gegen die Polizeimethoden

Koblenz. (dpa) Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz will auf jeden Fall verhindern, daß der von Freitag bis Sonntag geplante „Deutschland-Kongreß“ des „Nauheimer Kreises“ unter Professor Noack in Rengsdorf stattfindet...

Professor Noack hatte nach ergebnislosen Verhandlungen mit der Landesregierung in Koblenz erklärt, daß er unter allen Umständen nach Rengsdorf fahren werde, um zu versuchen, den Kongreß trotz des am Mittwoch vom Regierungspräsidenten von Koblenz ausgesprochenen Verbots zu veranstalten...

Einem dpa-Vertreter in Koblenz erklärte Professor Noack nach seiner Besprechung bei der Landesregierung, daß das Verbot nach seiner Auffassung verfassungswidrig sei. Seiner Meinung nach könnten sich die Mitglieder des „Nauheimer Kreises“ über politische Fragen unterhalten, wo sie wollten.

Eine ähnliche Erklärung hatte Professor Noack am Mittwoch schon in einem Telefoninterview mit dem Sender Leipzig abgegeben. Der Kreisvorsitzende Leipzig des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ hat laut Radio Leipzig in einem Telegramm an Professor Noack Leipzig als neuen Tagungsort vorgeschlagen.

lichkeiten sowie auch befreundete Ausländer treffe, die zum Teil bereits aus dem Ausland in Frankfurt eingetroffen seien. Unter ihnen soll sich der frühere dänische Kultusminister Arne Soerensen befinden.

Professor Noack erklärt unter anderem, daß die Männer, die aus dem Osten kämen, auch Deutsche seien. Sie fielen insoweit unter Artikel acht der Bundesverfassung, der ebenso wie Artikel zwölf der Landesverfassung von Rheinland-Pfalz besagt: Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln...

London. (dpa) Die Hohen Kommissare sind nach Aussage eines Sprechers der britischen Regierung für ihre Verhandlungen mit der Bundesregierung dahingehend unterrichtet worden, daß die deutsche Stahlproduktion nicht erhöht wird. Es bleibt also bei der im Washingtoner Abkommen festgelegten Produktionsgrenze von 11,1 Millionen Tonnen jährlich.

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer nannte am Dienstag die August-Thyssen-Hütte unter den Werken, die voraussichtlich einstellend von der Demontage ausgenommen werden. Der britische Sprecher wies jedoch am Mittwochabend darauf hin, daß eine Zurückstellung solcher Werke von der

Demontage nicht die Schlußfolgerung rechtfertigt, daß die Stahlherzeugung die in Washington festgelegte Grenze überschreiten wird. Die Annahme, daß ein Werk, auf dessen Abbau oder Abtransport verzichtet wird, automatisch volle Leistungsfähigkeit erreicht, sei falsch, sagte der Sprecher. Ebenso irrig sei die Annahme, daß die Belastung von Werken, die auf der Liste der verbotenen oder beschränkten Industrien stehen, zugleich die Beseitigung der Verbote oder einengenden Vorschriften für die Herstellung bestimmter Güter bedeute. Zuständige Stellen versicherten, daß das für diese Werke geltende Verbot, gewisse Güter zu erzeugen, bestehen bleibt.

Es fiel ein Reif in der „Frühlingsnacht“

Keine Erhöhung der deutschen Stahlproduktion

London. (dpa) Die Hohen Kommissare sind nach Aussage eines Sprechers der britischen Regierung für ihre Verhandlungen mit der Bundesregierung dahingehend unterrichtet worden, daß die deutsche Stahlproduktion nicht erhöht wird. Es bleibt also bei der im Washingtoner Abkommen festgelegten Produktionsgrenze von 11,1 Millionen Tonnen jährlich.

Dem Beispiel ihrer Kameraden in Kalabrien folgend, besetzten in der Nacht zum Dienstag 5000 Bauern unkultivierte Ländereien von sieben großen Gütern in der Provinz Palermo, und pflügten sie am Tage um. Durch ihren Kampf hoffen sie die gleichen Erfolge wie in Kalabrien zu erzielen.

Bauern verhaften Großgrundbesitzer Phoenjang. (Eig. Ber.) Da die Marionetten-Regierung Süd-Koreas ihren Forderungen nach Durchführung einer Bodenreform nicht entsprochen hat, haben die Bauern in mehreren Bezirken Süd-Koreas zur Selbsthilfe gegriffen. Mit Unterstützung von Partisanen-Einheiten, die in ihrem Gebiet operieren, nahmen sie 200 Großgrundbesitzer fest, leiteten ein Verfahren gegen sie ein und verteilten den Boden.

Washington. (dpa) Die Aussichten für eine endgültige Beilegung des USA-Bergarbeiterstreiks haben einen neuen Rückschlag erlitten. Der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, John Lewis, warf der Kohlenindustrie am Dienstag räuberische Methoden zur Erzielung möglichst hoher Preise vor, während die Arbeiter noch nach den Lohnbedingungen des vergangenen Jahres arbeiten müßten, seien die Preise erhöht worden.

Die streikenden Bergarbeiter hatten ihre Arbeit in der vergangenen Woche nach einem Streik von sieben Wochen vorläufig wieder aufgenommen, nachdem Lewis ihnen dies als Zeichen der Loyalität und Beitrag zum allgemeinen Wohl empfohlen hatte. Die Bergleute arbeiten bis zum 30. November unter den Arbeits- und Lohnbedingungen der Verträge, die bereits am 1. Juli d. J. abgelaufen waren. In der Zwischenzeit sollte versucht werden, eine Einigung über Verträge zu erzielen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Bruch der Grundrechte

Der „Nauheimer Kreis“ tagt doch

Stuttgart. Die Stuttgarter „Volksstimme“ veröffentlichte in ihrer gestrigen Ausgabe eine Stellungnahme Prof. Noacks zum Verbot des Deutschland-Kongresses des „Nauheimer Kreises“. Wir geben nachfolgend die Stellungnahme wieder:

„Zu dem durch Herrn der rheinpfälzischen Bürokratie“, so führte Professor Noack aus, „am Mittwoch, dem 16. November, ausgesprochenen Verbot des ersten gesamtdeutschen Kongresses des „Nauheimer Kreises“ habe ich zu sagen: Dieses Verbot stellt einen Bruch der verfassungsmäßigen Grundrechte der westdeutschen Republik dar. Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit sind in Gefahr. Der Kongreß wird auf jeden Fall stattfinden. Ich werde am Donnerstag, dem 17. November, nachmittags in Koblenz die Klage beim Staatsgerichtshof gegen die Schulden vorbereiten. Ich bitte alle, die zum Kongreß zugesagt haben, zu kommen. Ich werde in Rengsdorf, Hotel „Waldesruh“, mitteilen, welcher deutsche Oberbürgermeister Westdeutschlands mir inzwischen seine Stadt zur Abhaltung eines Friedenskongresses zur Verfügung gestellt hat. Auf dem Wege werden wir in Bonn die Bundeskanzler aufsuchen und der versammelten deutschen und ausländischen Presse unsere Grundsätze darlegen.“

Professor Noack fährt dann fort: „Wir protestieren vor der Welt gegen die verfassungswidrige Unterdrückung des Rechtes aller Deutschen, miteinander über die Wiedervereinigung ohne Krieg im Rahmen des notwendigen Friedensschlusses zu sprechen.“

Prof. Noack schloß seine Ausführungen mit dem Satz: „Wenn General Tschukow mit Dean Acheson im Harnackhaus in Westberlin Toasts wechselt... da dürfen auch wir Deutsche aller Parteien und Richtungen beanspruchen, im nüchternen Ernste und in der Sorge um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes den dritten Weltkrieg oder deutschen Bürgerkrieg uns zu versammeln. Wer glaubt, uns mit Argumenten auf Grund menschlicher Vernunft und göttlichen Rechtes klar widerlegen zu können, soll zu uns kommen und reden.“

Der Nauheimer Kreis wird aber von jetzt ab den Weg des gewaltlosen Widerstandes gehen, im Geiste Mahatma Gandhis.“

gez. Professor Noack.

Fünf Millionen Heimstätten

Die Leistung der Sowjetunion im Wiederaufbau

Moskau. 1.750.000 Wohnhäuser sind in der russischen föderativen Sowjetunion seit Kriegsende gebaut worden, davon 450.000 vom Januar bis zum Oktober 1945, meldete der Moskauer Rundfunk am Mittwoch. Fünf Millionen Einwohner, die ihre Heimstätten während des Krieges verloren hatten und bisher in Erdlöchern, verlassenem Befestigungsanlagen und Ruinen wohnten, konnten wieder untergebracht werden.

Automatischer Webstuhl

Moskau. Die sowjetische Industrie begann mit der Herstellung eines neuen automatischen Webstuhles, der von einem Ingenieurkollektiv entworfen wurde. Durch verschiedene Vorrichtungen und Instrumente wurde es möglich, die Arbeitsproduktivität um das Doppelte zu erhöhen.

In keinem anderen Land der Erde

Moskau. In diesem Jahre wurden in der UdSSR 357 neue landwirtschaftliche Maschinentypen einer Prüfung unterzogen. Viele davon wurden bereits in die Serienproduktion übernommen. So wurde z. B. in den Kollektivfarmen mit einem Flachs-Mähdescher Flachsernte, eine diesjährige Hanf- und eingebraute, eine Maschine, die es noch in keinem anderen Land der Erde gibt. Insgesamt wurde die sowjetische Landwirtschaft in diesem Jahr mit 150.000 Landwirtschaftstraktoren, 2.900 Mähdeschern, mehr als 1.600.000 Anhängertraktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen beliefert.

Asiatische Gewerkschaftskonferenz eröffnet

Peking. (dpa) Eine Gewerkschaftskonferenz der asiatischen Länder, auf der 117 Delegierte vertreten sind, wurde am Mittwoch durch den Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Louis Saillant, in Peking, der Hauptstadt des kommunistischen Chinas, eröffnet. Die Konferenz wählte ein Präsidium, dem alle Vorstandsmitglieder des Weltgewerkschaftsbundes angehören und einen fünfköpfigen Arbeitsausschuß aus Vertretern der Peking Volksrepublik, Indiens, der Sowjetunion, Nordkoreas und des unter Führung von Ho-Tschi-Minh stehenden Teils von Vietnam.

Umstrittenes Jerusalem

Israel lehnt Internationalisierung ab

New York. (dpa) Die Internationalisierung Jerusalems wurde von Israel abgelehnt. Dieser vom Völkervereinigungsausschuß für Palästina ausgearbeitete Plan sei „ungerecht und wirklichkeitsfremd“ heißt es in einer israelischen Stellungnahme, die den UNO-Mitgliedern zugeleitet wurde. Israel sei jedoch bereit, mit den Vereinten Nationen ein Abkommen zu treffen, durch das die Sicherheit und Immunität der heiligen Stätten in Jerusalem gewährleistet und die religiösen Rechte garantiert werden sollen.

(F.V.)

Italiens Landarbeiter zwingen Regierung zum Nachgeben

Um „weitere Unruhen zu verhüten“ werden 5000 neue Kleinbauernhöfe geschaffen

Rom. (dpa u. EB) 5000 italienische Landarbeiter, die bei ihrem Kampf in Kalabrien im Oktober 20.000 Morgen Brachland besetzt hatten, und den Boden in blutigen Kämpfen mit der Polizei behaupteten, sollen jetzt auf Grund eines Beschlusses des italienischen Kabinetts Bauernhöfe erhalten. Die Zahl wird mit 5000 Kleinbauernhöfen angegeben. Wenn in dem Zugeständnis der Regierung ein großer Erfolg für Italiens Landarbeiter zu erblicken ist, soll aber nicht verkannt werden, daß das Problem der Landarmen noch weit von seiner Lösung entfernt ist.

4500 ha brachliegender oder wenig kultivierter Boden, der Großgrundbesitzern gehört, soll an Bauern- und Landarbeiterfamilien verteilt werden, um, wie ein Regierungsvertreter erklärte, „weitere Unruhen zu verhüten.“ Durch diese Maßnahme werden 5000 neue Kleinbauernhöfe geschaffen und 2500 Inhaber von Landparzellen, deren

Vorgehen noch vor einer Woche als „illegal“ von der Regierung gebrandmarkt wurde, in ihrem Besitz bestätigt.

Dem Beispiel ihrer Kameraden in Kalabrien folgend, besetzten in der Nacht zum Dienstag 5000 Bauern unkultivierte Ländereien von sieben großen Gütern in der Provinz Palermo, und pflügten sie am Tage um. Durch ihren Kampf hoffen sie die gleichen Erfolge wie in Kalabrien zu erzielen.

Bauern verhaften Großgrundbesitzer Phoenjang. (Eig. Ber.) Da die Marionetten-Regierung Süd-Koreas ihren Forderungen nach Durchführung einer Bodenreform nicht entsprochen hat, haben die Bauern in mehreren Bezirken Süd-Koreas zur Selbsthilfe gegriffen. Mit Unterstützung von Partisanen-Einheiten, die in ihrem Gebiet operieren, nahmen sie 200 Großgrundbesitzer fest, leiteten ein Verfahren gegen sie ein und verteilten den Boden.

Washington. (dpa) Die Aussichten für eine endgültige Beilegung des USA-Bergarbeiterstreiks haben einen neuen Rückschlag erlitten. Der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, John Lewis, warf der Kohlenindustrie am Dienstag räuberische Methoden zur Erzielung möglichst hoher Preise vor, während die Arbeiter noch nach den Lohnbedingungen des vergangenen Jahres arbeiten müßten, seien die Preise erhöht worden.

Die streikenden Bergarbeiter hatten ihre Arbeit in der vergangenen Woche nach einem Streik von sieben Wochen vorläufig wieder aufgenommen, nachdem Lewis ihnen dies als Zeichen der Loyalität und Beitrag zum allgemeinen Wohl empfohlen hatte. Die Bergleute arbeiten bis zum 30. November unter den Arbeits- und Lohnbedingungen der Verträge, die bereits am 1. Juli d. J. abgelaufen waren. In der Zwischenzeit sollte versucht werden, eine Einigung über Verträge zu erzielen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Washington. Der drohende Streik von 2000 gewerkschaftlich organisierten Deckoffizieren der amerikanischen Handelsmarine an der Atlantikküste und am Golf von Mexiko konnte am Dienstagabend in letzter Minute durch Vermittlung von Regierungsvertretern verhindert werden. Der Streik, der ursprünglich in der Nacht zum Mittwoch beginnen sollte, wurde um 30 Tage verschoben. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Der Streikanschub muß jedoch bis zum 21. November von der Gewerkschaft und den Schiffahrtsgesellschaften bestätigt werden, andernfalls wird der Streik am 22. November beginnen.

Im Streiflicht gesehen

„Euthanasie ist Mord“

Paris. Die französische Akademie für Moral und politische Wissenschaften sprach sich am Dienstag gegen Euthanasie aus sozialen oder politischen Gründen aus. Es sei kein Grund vorhanden, das gegenwärtig bestehende französische Gesetz, das keinen Unterschied zwischen Mord und Euthanasie sehe, zu ändern, nachdem viele bisher als unheilbar betrachtete Krankheiten heute erfolgreich behandelt werden könnten.

Zerstückelte Leiche aus dem Flugzeug geworfen

London. Vor einem Londoner Gericht begann am Dienstag ein Prozeß gegen den RAF-Piloten, Donald Hume, der angeklagt ist, Anfang Oktober in London einen Autohändler ermordet und die zerstückelte Leiche von einem Flugzeug aus ins Meer geworfen zu haben.

Der Rumpf der Leiche war im Oktober an der Küste von Essex angespült worden. Die Ermittlungen ergaben, daß Hume zur fraglichen Zeit in einem gemieteten Flugzeug in der Nähe von London gestartet war und eine Anzahl schwerer Pakete an Bord hatte, die beim Landen auf einem Flugplatz in Essex fehlten. Außerdem hatte Hume am Tage nach dem Verschwinden des Autohändlers einen blutbefleckten Teppich zum Reinigen und Färben gegeben. Hume steht im Verdacht, sein Opfer beraubt zu haben.

Sie wollte fünften Ehemann ermorden Landshut. Wegen versuchten Totschlags an ihrem fünften Ehemann hatte sich am Montag die 46-jährige Ehefrau Maria Heinrich vor dem Landshuter Schwurgericht zu verantworten. Nach ihren Erklärungen wollte sie ursprünglich ihren Mann im Rausch umbringen. Sie

stieß ihm das Küchenmesser zwischen die Schultern. Da der Stich nicht den erwarteten Erfolg hatte, sehnte sie sich mit ihrem Mance in der Absicht wieder aus, ihn nach fünf Tagen mit Rotgift zu beseitigen. Der Ehemann erkannte jedoch rechtzeitig die mit Gift durchsetzten Speisen und erstattete Anzeige. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu einjähriger Gefängnis. Die Verurteilte hat nach ihren eigenen Aussagen ein bewegtes Leben hinter sich. Alle fünf Ehemänner, mit denen sie sich im Turnus trauen und von ihnen auch wieder scheiden ließ, seien eiskalte Brüder gewesen. Wie viele Kinder sie habe und wer die Väter dieser Kinder seien, könne sie eigentlich selbst nicht sagen.

Juwelergeschäft am hellen Tage beraubt Leeds. Zwei junge bewaffnete Banditen beraubten am Mittwoch am hellen Tage ein Juwelergeschäft in einer belebten Straße der englischen Stadt Leeds. Nachdem sie den Geschäftsinhaber, der sie gestellt hatte, zu Boden geschlagen und angeschossen hatten, gelang es den Räubern, feuernd zu fliehen.

Die beiden sollen nach Augenzeugenberichten den Kopf verloren haben, als sie aus dem Geschäft auf die Straße stürzten. Sie schossen blindlings in eine Menschenmenge.

Schmuggel mit USA-Panzer Civitavecchia. Vierzig mittelschwere amerikanische Panzer sollten auf einem unter der Flagge Panamas fahrenden Dampfer getarnt nach Palästina befördert werden, dessen Auslaufen die italienische Polizei am Dienstag verhinderte. Der Kapitän erhob Protest, da die italienische Regierung ihm eine Genehmigung erteilt habe, von den alliierten Streitkräften in Italien zurückgelassenes Kriegsmaterial aufzukaufen.

Neue Art des Streikes

Kampfmethode der italienischen Postler
 Rom. (dpa) Die italienischen Postangestellten haben sich eine besondere Form des Streiks erdacht, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen. Seit Dienstag halten sie sich bei ihrer Arbeit streng an die Dienstvorschriften aus dem Jahr 1910. Da diese Vorschriften schlecht mit dem modernen Postverkehr zu vereinbaren sind, ist die Beförderung von Postgut gegenwärtig fast völlig lahmgelegt. Schon am ersten Streiktag konnten in Rom etwa fünf Doppelzentner Briefe und 15 000 Telegramme nicht befördert werden. Die Millionen von Briefen, die täglich aufgegeben werden, müssen entsprechend den alten Vorschriften einzeln auf die Waage gelegt werden.

Britische Reserve gegenüber Europa

London. UP zufolge hat der britische Schatzkanzler Stafford Cripps in einem Presseinterview sich entschieden gegen irgendwelche Maßnahmen zur Verschmelzung der britischen mit der westeuropäischen Wirtschaft ausgesprochen. Als Bankier des gesamten Sterling-Gebietes habe Großbritannien die Pflicht, die Gold- und Dollarreserven zu schützen, da diese für das wirksame Funktionieren des Sterling-Gebietes die wesentliche Vorbedingung seien. Aus diesem Grunde sei es für Großbritannien nicht möglich, irgendwelche Schritte zur Einbeziehung der britischen in die westeuropäische Gesellschaft in Erwägung zu ziehen, für die diese Reserven gefährdet werden könnten.

Politischer Streik

der Bergarbeiter in Belgien

Brüssel. (dpa) 25 000 Bergleute sind am Mittwoch in Borinage (Südbelgien) aus Protest gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung in einen 24-stündigen Streik getreten. Der Streik wurde von der Bergarbeiter-Gewerkschaft ausgerufen.

Der Regierung wird vorgeworfen, für die Erhöhung der Arbeitslosigkeit verantwortlich zu sein, indem sie die Subventionierung des Kohlenbergbaus einstellte. Die Arbeitgebenden hatten die Regierungsmaßnahmen mit der Schließung wenig ergiebiger Kohlenruben beantwortet, um die Regierung zur Wiedereinführung der Subventionierung zu zwingen.

„Es geht um die Methode, wie um den Inhalt“

Walter Fisches (KPD) zur Erklärung Dr. Adenauers über die Verhandlungen der Pariser Außenministerkonferenz

Meine Damen und Herren!
 Der Herr Bundeskanzler glaubt, er könne vor das Haus treten als Ankläger gegen einige Leute, die heute die Dinge so ausgesprochen haben, wie sie sind. Es ist, glaube ich, auch kein Zufall, daß die empfindsame, aufgeregte Antwort des Herrn Bundeskanzlers nach einer Rede des Herrn Abgeordneten Carlo Schmid (SPD) erfolgt ist, die sich in einigen Punkten wesentlich von den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Partei unterschieden hat. Ich bin nicht davon überzeugt, daß die ganze sozialdemokratische Fraktion und insbesondere die sozialdemokratischen Wähler und Parteimitglieder mit allem einverstanden sind, was Herr Carlo Schmid heute zum Abschluß sagen zu müssen glaubte.

Wenn man die außenpolitischen Schritte der Bundesregierung und des Herrn Bundeskanzlers von einer solch grundsätzlichen Seite aus kritisiert, wie das heute seitens der sozialdemokratischen Fraktion geschehen ist, dann vertritt er sich sehr schlecht damit, daß ein prominenter Sprecher der gleich-

chen Fraktion sich zur Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzler anbletet, mit dem gleichen Bundeskanzler, dessen Geheimdiplomatie heute eine so schwere Verteilung erfahren hat.

Meine Damen und Herren! Ich bin sehr überrascht, daß der Herr Bundeskanzler darüber so erregt ist, daß einige Wahrheiten ausgesprochen worden sind. Der Herr Bundeskanzler hat sich erlaubt, in der vergangenen Woche das Parlament in einer Art und Weise zu brüskieren, daß noch viel härtere Worte angebracht wären als die, die heute hier gefallen sind. (Sehr gut! bei der KPD) Nach dem Herr Bundeskanzler in einer obskuren Art und Weise (Lebhafte Zurufe: Unerhört! — Glocke des Präsidenten) Ich stelle materiell dazu fest, daß es sich um Interviews gehandelt hat, die wesentliche Fragen unseres Volkes betreffen, zu denen der Herr Bundeskanzler über eine Woche nicht Stellung genommen hat und zu denen er dann nach einer Woche seinen Pressechef einige nichtssagende Erläuterungen hat abgeben lassen, die den Sachverhalt in

keiner Weise wiedergeben. (Sehr gut! bei der KPD)

Meine Damen und Herren! Wer in dieser Weise das Parlament brüskiert, wer in dieser Weise glaubt, wesentliche außenpolitische Schritte vor dem Parlament und vor dem ganzen Volke verheimlichen zu können, der darf sich nicht darüber beschweren, daß hier in diesem Hause harte Worte fallen.

Es geht nicht nur um die Methode, es geht auch um den Inhalt.

Der Sprecher und Verteidiger der Regierungspolitik, Herr Bundesminister Storch, glaubte mit dem Hinweis darauf Eindruck erwecken zu können, daß der Regierung in der Frage der Demontage wesentliche Erfolge gelungen seien. Nun, meine Damen und Herren, es wird sich bald herausstellen, wie geringfügig die sogenannten Verbesserungen sind, die man dort eingehandelt hat.

Noch haben wir keinerlei Garantie dafür, daß mit der Konkurrenzdemontage wirklich Schluß gemacht wird.

Noch haben wir keine Garantie dafür, daß den Zehntausenden von Arbeitern in Lever-

kusen, in Watenstedt, in Castrop-Rauxel und sonstwo der Arbeitsplatz erhalten wird, und es besteht gar keine Veranlassung, mit einer schönfärbischen Darstellung vor das Volk zu treten und glauben zu können, mit diesen nichtssagenden Ankündigungen der Hohen Kommissare Politik zu machen. Und wenn schon der eine oder andere Betrieb jetzt etwas langsamer demontiert würde, als ursprünglich vorgesehen war, so frage ich die Regierung: um welchen Preis ist ein solcher Scheinerfolg erkaufte worden? (Sehr gut! bei der KPD)

Wenn Herr Bundesminister Storch erklärt, es wären tausende Arbeitsplätze mit den Verhandlungen in Paris für deutsche Arbeiter gerettet worden, so möchte ich fragen: und

wie sieht es mit den Arbeitsplätzen von hunderten tausenden deutscher Menschen, die jetzt durch die Eingliederung Westdeutschlands in die Marshallplanpolitik in die Politik des Atlantikpaktes, unter das Diktat der amerikanischen Millionäre in Frage gestellt werden?

Wieviel weitere Arbeitsplätze werden für den deutschen Arbeiter verloren gehen, weil sich die Bundesregierung mit der Einordnung in ein System einverstanden erklärt, das unter der Anführung amerikanischer Imperialisten Europa zu einem organisatorischen Absatzmarkt überschüssiger amerikanischer Waren zu machen gedenkt? Es gibt eine ganze Reihe anderer wertvoller Preise, die die Regierung freiwillig angeboten hat. Wofür? Nicht dafür, um geringfügige Scheinerfolge in der Demontagefrage zu erzielen, sondern

um der westdeutschen Bundesrepublik den Schein der Gleichberechtigung im Westpakt, im Atlantikpakt, im Kriegspakt des westlichen Imperialismus zu verschaffen.

Es handelt sich darum, daß man in jener provozierenden Kriegsfront einen Platz an der Sonne einnehmen möchte. Es handelt sich darum, daß man die Wünsche nach Gestaltung deutscher Fußvolkddivisionen schneller erfüllen möchte, als es von gewissen amerikanischen Abgeordneten und Generalen erfordert wird. Es handelt sich darum, daß man das deutsche Industriepotential, die deutsche Schwerindustrie, das deutsche Verkehrssystem und die deutschen Menschen jener verhängnisvollen Politik zur Verfügung stellen möchte, die Europa und die Welt erneut in das fürchterliche Elend eines Krieges hineinzustürzen gedenkt.

Hier sind heute Leute aufgetreten, die glauben, vor einem Hauptfeind Nr. 1 warnen zu müssen, und es ist kein Verdienst des Sprechers der sozialdemokratischen Fraktion, wenn er meint, er müßte in der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung über ihre volksfeindliche Geheimdiplomatie ausgerechnet darauf hinweisen, daß Deutschland vor der russischen Gefahr als vor der Hauptgefahr steht. (Abg. Prof. Schmid: Doch, das ist ein Verdienst!) Herr Kollege Schmid, wir werden uns in einigen Jahren wieder sprechen und dann wird die Bilanz erweisen, von welcher Seite der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volke die wirkliche große Gefahr droht. (Beifall bei der KPD)

Dann, Herr Kollege Schmid, werden Sie wieder einmal bekennen müssen, daß Sie schon so oft in Ihrem Leben vor dem späten Eintritt in die sozialdemokratische Partei auf der falschen Seite gestanden haben.

(Sehr gut! bei der KPD)

Meine Damen und Herren! Wir wenden uns nicht nur gegen die Methoden der Geheimdiplomatie und der Doppelzüngerei, sondern auch dagegen, daß wertvollste Teile des deutschen Volksvermögens zum Ausverkauf angeboten worden sind. Wir wenden uns dagegen, daß das deutsche Volk zum Objekt geheimer internationaler Verhandlungen gemacht wird.

Wir wenden uns dagegen, daß das deutsche Volk eine Schachfigur auf dem Brett moderner Kriegstreiber ist.

Darum ist es nicht bloß erforderlich, heute aus Anlaß der Regierungserklärung den Herrn Adenauer zu kritisieren, sondern es ist nötig, allen denjenigen draußen im Lande, die die Freiheit und den Frieden lieben, die sich dem Doppeljoch internationaler Ausbeutung und der Ausbeutung durch den deutschen Monopolkapitalismus entziehen wollen, zuzurufen:

es ist Zeit zum gemeinsamen Handeln!
 Denn die kühlen Rechner jenseits des Ozeans werden vor nichts anderem Respekt haben als vor der sich schließenden großen demokratischen Front der deutschen Nation, das allein fürchten sie. Wenn im Verlaufe der letzten Woche einige geringfügige Anfänge gemacht worden sind, um dem deutschen Volk in Westdeutschland das einheitliche Handeln zu erleichtern, wenn es gewisse Gespräche über Parteigrenzen hinüber gegeben hat, die den Deutschen in den Betrieben, den Arbeitslosen und den Flüchtlingen die große Gefahr des Heute leichter darstellen können, um sie zum Handeln zu bringen, dann können diese Vorgänge um die Pariser Außenministerkonferenz zu einem Start, zu einer wirklichen Mobilisierung aller guten und aller patriotischen Kräfte des deutschen Volkes werden. (Lebhafte Beifall bei der KPD)

Proteststreik zur Verhinderung der Demontage angekündigt

Watenstedt-Salzgitters trostlose Lage

Watenstedt. (dpa) In den Reichswerken protestierten am Donnerstagvormittag rund 3000 Belegschaftsmitglieder der Hütte Watenstedt gegen die Fortsetzung der Demontage. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wandte sich die Belegschaft gegen die Regierungserklärung über die Demontagefrage, die unter den für einen Demontagestopp vorgesehenen Werken die Reichswerke nicht genannt hat. Die Belegschaft der Hütte fordert von der Gewerkschaft und allen maßgebenden deutschen Institutionen und Körperschaften, daß sie sich für einen Demontagestopp bei den Reichswerken einsetzen. Am kommenden Dienstag werden nach einer Mitteilung des Kreisvorstandes der IG Metall in allen Ortsteilen von Watenstedt-Salzgitter Kundgebungen stattfinden, auf denen noch einmal gegen die Demontage protestiert werden soll. Zur Unterstützung des Protestes sollen die Läden

von Mittag an geschlossen halten. Von Dienstagmittag bis Mittwochmorgen soll die Arbeit ruhen.

Etwa 85 Prozent der 11 000 Menschen in den 28 zur Stadt zusammengeführten Gemeinden der Landkreise Wolfenbüttel und Goslar leben vorwiegend in wirtschaftlicher Abhängigkeit von diesem großen eisen-erzeugenden und eisenverarbeitenden Unternehmen. 31 000 Flüchtlinge, 8100 DP's und 3500 sonstige Ausländer beherbergt die Stadt neben den etwa 68 000 ursprünglichen Einwohnern. Von 35 000 voll- und teilberufsfähigen Menschen sind über ein Viertel erwerbslos. Der während des Krieges vorgenommene, vorwiegend industrielle Ausbau dieser Stadt

führte zur Vernachlässigung der kommunalen Einrichtungen.

Der Fehlbetrag des Stadthaushaltes für das laufende Haushaltsjahr ist auf vier Millionen DM geschätzt, so daß das Land Niedersachsen monatlich 300 000 DM zuschießen muß. Im Stadtgebiet Salzgitter lagern rund zwei Milliarden Tonnen abbaufähigen Eisenerzes mit einem durchschnittlichen Eisengehalt von 30 Prozent, der im sogenannten Sintverfahren auf 40 bis 42 Prozent gesteigert wird. Die rasche Erschöpfung der kontinentalen Erzlager in Westeuropa wird in nicht allzuferner Zeit dem Watenstedter Erzvorkommen eine hohe Bedeutung verschaffen.

Der Wermutstropfen im Becher

Alliierte Kritik an „deutscher Selbstgefälligkeit“

Frankfurt. (dpa) Sprecher der Alliierten Hohen Kommission erklärten, daß eine Revision des Besatzungsstatus als Ergebnis der Pariser Außenminister-Konferenz „unwahrscheinlich und absolut verfrüht“ sei. Eine Aenderung des Besatzungsstatus setze die Beendigung des Kriegszustandes mit der Bundesrepublik voraus.

ders in Europa „sehr selbstgefällig“ geschildert wurde.

Weniger Butter im Dezember

Frankfurt. (Eig. Bericht) Im Dezember werden an Normalverbraucher nur 125 Gramm Butter ausgegeben. Eine schöne Weihnachtsbescherung! Wer Geld genug hat, kann sich allerdings immer noch täglich Schlagsahne kaufen. Fachleute behaupten, daß bei einer richtigen Verteilung und Überwachung die Butterration verdoppelt werden kann.

„Militärdiktatur über 80 Millionen“

Verzweifelt sucht die USA in Japan, des Kommunismus Herr zu werden

Nachstehend veröffentlichen wir eine interessante Stellungnahme des bekannten amerikanischen Journalisten Allen Raymond in der „New York Herald Tribune“ zur Politik der USA in Japan.

dem, ist die Einkerkung jedes politischen Agitators auf Grund eines Militärrteils, dessen Bemerkungen als eine Kritik der alliierten Besatzung betrachtet werden, deren Anordnungen höher stehen als die der Regierung Yoshida. Ein anderes wirksames Mittel, mit den radikalen Strömungen gegen die herrschende Macht in Japan fertig zu werden besteht in der Nachzensur aller japanischen Veröffentlichungen...

„Der Aufschwung des Kommunismus spiegelt teilweise das amerikanische Versäumnis wider, freimütig und wirksam mit den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen des Landes fertig zu werden. Das Anwachsen des Kommunismus spiegelt zum anderen Teil auch den Ekel vieler Japaner vor der Nachkriegsentwicklung im parlamentarischen Leben wider, das als ein System der Korruption der Gesetzgeber mit Szenen betrunkener Unordnung in den Wandelgängen des Parlaments charakterisiert werden kann...“

Eines der wirksamsten Mittel, das von der amerikanischen Armee angewandt wird, um das Anwachsen des Kommunismus oder auch des Radikalismus in Japan zu verhindern,

Wie lange das amerikanische Volk durch die Ausübung einer Militärdiktatur über 80 Millionen Menschen auf Jahre eines angeblichen Friedens hinaus den Kommunismus von Japan fern halten kann, bleibt noch abzuwarten. Ich zweifle aber daran, daß diese Politik sehr lange durchhalten werden kann. Sie wird langsam zu etwas Besserem führen müssen als nur zu der Tatsache, daß man die Nahrungsmittelzuschüsse für die Bevölkerung von 82 auf 90 und dann auf 100 Millionen erhöht. Die USA müssen entweder eine Regierung schützen und für eine Regierung die Patenschaft übernehmen, die immer mehr faschistisch wird; oder sie müssen das Land verlassen. Um den Kommunismus und Rußland aufzuhalten, muß Amerika aber in Japan bleiben.“

Auszahlung der Wiedergutmachung

Stuttgart. (Lwb) Das württembergische Kabinett hat am Mittwoch beschlossen, an politisch Verfolgte des Naziregimes, die im Dritten Reich Eigentum und Vermögen verloren haben, ab sofort Geldentschädigungen auszubezahlen.

Das Kabinett hat sich bereit erklärt, die vom Landtag beantragte Höchstsumme von 5000 auf 10 000 DM zu erhöhen. Auf Grund des Entschädigungsgesetzes sollten diese Auszahlungen erst im Jahre 1951 erfolgen.

Die Entschädigungen gelten für Sonderausgaben, Geldstrafen und Bußen sowie verlorenes Arbeitseinkommen

Bevin läßt Nationalchina fallen

London. (dpa) Der britische Außenminister Bevin erklärte am Mittwoch im Unterhaus, die letzten Gründe für die weitere Anerkennung der nationalchinesischen Regierung seien „hinweggefegt“ worden. Bevin spielte mit dieser Bemerkung wahrscheinlich auf die Aufbringung britischer Schiffe durch nationalchinesischen Kriegsschiffe und auf die Beschließung eines amerikanischen Handelsdampfers in der Jangtse-Mündung an.

Eine Entscheidung über die Anerkennung der kommunistischen Regierung Chinas durch Großbritannien ist noch nicht gefallen. Bevin betonte, daß er nicht überstürzt handeln werde. Er wolle diese Frage in Übereinstimmung mit den Ländern des Commonwealth und mit anderen befreundeten Nationen entscheiden.

Nicht mehr aufschieben

Baldige Anerkennung Pekings durch Indien
 Neu-Delhi. (dpa) Der indische Ministerpräsident Pandit Nehru erklärte auf einer Pressekonferenz, Indien werde die Entscheidung über die Anerkennung der kommunistischen Regierung Chinas nicht lange hinausschieben können.

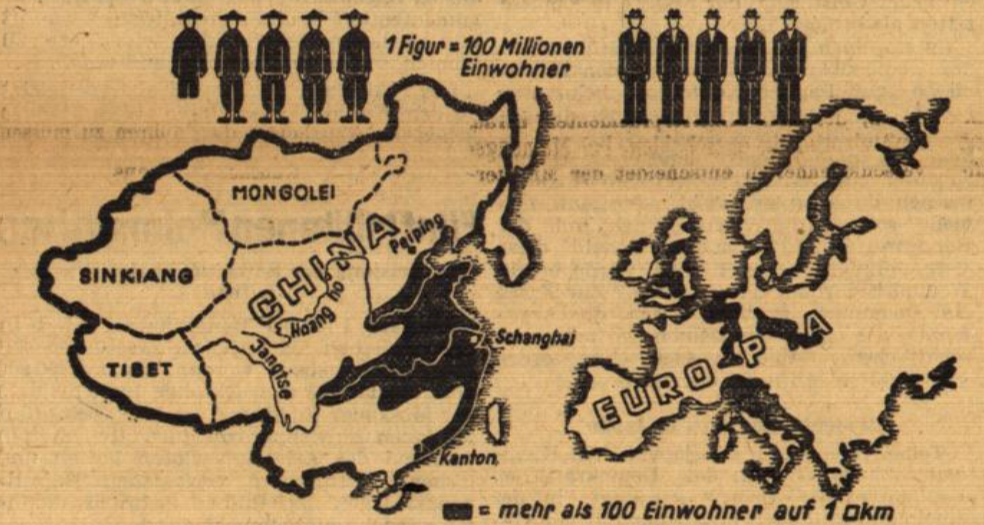
Die Frage der Anerkennung Pekings beschäftigt die Behörden Neu-Delhis schon seit längerer Zeit.

Nach dem Motto von einst:
 „Zu was ist die Straße da? Zum Marschieren...“

Von 10 Chinesen sind beschäftigt in:



Von 10 Europäern sind beschäftigt in:



Bevölkerungsdichte in China

China entspricht in seinem Größenverhältnis und in der Einwohnerzahl ungefähr Europa. (10 Millionen Quadratkilometer mit 475 Millionen Chinesen zu 11,4 Millionen Quadratkilometern mit 530 Millionen Europäern.) Grundverschieden ist die Struktur beider Gebiete. In Europa ist die Bevölkerung vorwiegend an Stellen mit Bodenschätzen und Industrien zusammengeballt; in China sind die fruchtbaren Flußtäler Zentren der Landwirtschaft.

Tschiangs UNO-Vertreter ohne Hinterland

Volksrepublik China fordert Mandatsentziehung für die Kuomintang

Lake Success. (n. ap. u. dpa) Die Regierung der Volksrepublik China forderte, daß der Kuomintang-Delegation bei den Vereinten Nationen die Mandate entzogen werden.

Tschiangkaischeks UNO-Vertreter hätten alle Rechte zur weiteren Vertretung des chinesischen Volkes verloren. Radio Peking veröffentlichte diese offizielle Erklärung, die an das Hauptquartier der Vereinten Nationen weitergeleitet wird.

In den letzten Tagen hat sich das von Tschiangkaischek noch beherrschte Gebiet in

China weiter verengt. Auf ihrem Vormarsch in Richtung Tschunking, der letzten provisorischen Kuomintang-„Hafenstadt“ auf chinesischem Festland, besetzten Truppen der Volksarmee die Stadt Kwei jang.

Die Beziehungen zwischen der Regierung Tschiangkaischeks und den USA sowie Großbritannien haben sich am Mittwoch weiter durch die Beschließung von drei Schiffen verschlechtert. Offenbar wollten Flugzeuge der Kuomintang-Luftwaffe Frachter treffen, die

mit Erfolg die Blockade der befreiten Häfen durchbrochen hatten. Ein amerikanischer Dampfer wurde bei der Ausfahrt aus dem Jangtse beschossen, die britischen Schiffe „Sang Hing“ und „Clover Lock“ wurden im Hafengebiet von Swatau mit Bomben belegt. Eine Person an Bord des britischen Schiffes „Clover Lock“ wurde verwundet.

London. (dpa) Der britische Außenminister Bevin erklärte am Mittwoch im Unterhaus, die letzten Gründe für die weitere Anerkennung der nationalchinesischen Regierung seien „hinweggefegt“ worden. Bevin spielte mit dieser Bemerkung wahrscheinlich auf die Aufbringung britischer Schiffe durch nationalchinesischen Kriegsschiffe und auf die Beschließung eines amerikanischen Handelsdampfers in der Jangtse-Mündung an.

Eine Entscheidung über die Anerkennung der kommunistischen Regierung Chinas durch Großbritannien ist noch nicht gefallen. Bevin betonte, daß er nicht überstürzt handeln werde. Er wolle diese Frage in Übereinstimmung mit den Ländern des Commonwealth und mit anderen befreundeten Nationen entscheiden.

Nach dem Motto von einst:
 „Zu was ist die Straße da? Zum Marschieren...“

Pressestimmen

Brücken bauen zwischen Ost und West

Im Jahre 1936 haben die Sowjetunion, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Polen und Griechenland zusammen aus Deutschland im reinen Warenverkehr für 650 Millionen Mark eingeführt, während Deutschland damals für 693 Millionen Mark nach diesen Ländern exportiert hat. Im Jahre 1948 erreichte der Gesamtwarenaustausch ganze 67 Millionen Mark in der Einfuhr und 42 Millionen Mark in der Ausfuhr. Der frühere Aktivsaldo der deutschen Handelsbilanz hat sich hier für Westdeutschland ins Gegenteil verkehrt. Das Handelsvolumen ist auf einen Bruchteil zusammengeschrumpft, ein hochbedeutendes Netz wirtschaftlicher Beziehungen zerrissen...

Ohne den Warenaustausch mit dem Osten und dem Südosten Europas hat Deutschland keine Chance den jetzt wieder erreichten Lebensstandard auch nur annähernd ohne Auslandshilfe zu halten...

Die Entscheidung über den Ost-Westhandel liegt letzten Endes bei der Sowjetunion. Die handelspolitische Aktivität Moskaus ist bemerkenswert. An der gesamten Ausfuhr Westeuropas nach der UdSSR, die im Jahre 1948 rund 57 (1947: 63) Millionen Dollar betrug, ist Westdeutschland bisher nicht beteiligt gewesen. Erst im ersten Halbjahr 1949 sind einige klei-

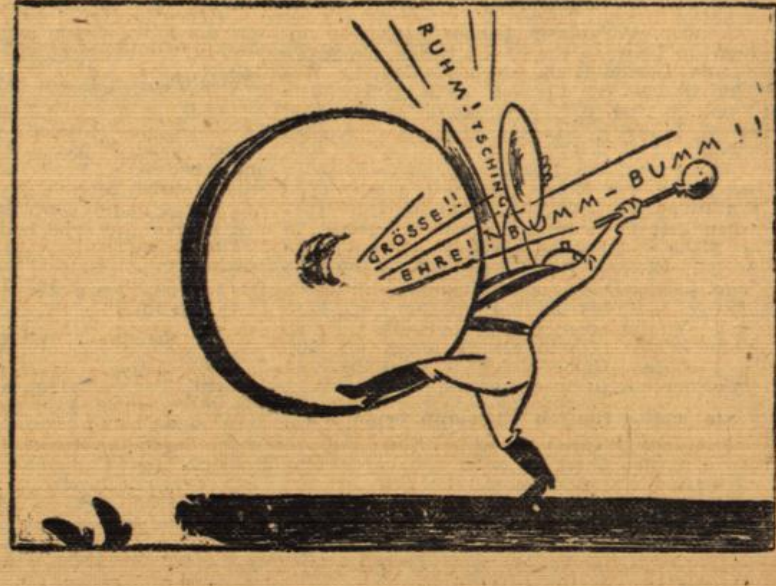
nere Exporte aus Westdeutschland nach der Sowjetunion gegangen. Hier liegt ein weites Feld für die Wiederanbahnung eines großzügigen Warenaustausches zwischen Ländern, die sich erzeugungsmäßig nach wie vor in hervorragender Weise ergänzen könnten. Der Ost-Westhandel könnte ein erfolgversprechender Brückenbauer zur Überwindung der ideologischen Spaltung Europas werden.

Dieser Lokführer hatte Nerven

Palmerston (Kanada). (dpa) Ein kanadischer Personenzug hielt am Dienstag überraschend in einer völlig unwirtlichen Gegend nördlich der großen Seen. Der Lokomotivführer hatte beim Nießen sein Gebiß verloren. Unter Mithilfe aller Reisenden fand er es nach kurzer Zeit am Bahndamm wieder.

Doch nicht untergegangen

London. (dpa) Paul Müller und seine 18-jährige Tochter erreichten am Dienstag sicher einen südenglischen Hafen. Beide sind auf einem fünf Meter langen Segelboot von Europa nach Amerika unterwegs. Man befürchtete schon, daß sie bei den letzten Stürmen im Kanal Schiffbruch erlitten hätten.



Der Nikolaus persönlich

Aber nur gegen bar

Vor einem Schaufenster eines Warenhauses in der Breiten Straße ist tagsüber „Belagerungszustand“. Besonders in den Nachmittags- und Abendstunden, wenn die Schule aus ist, nimmt das Gedränge und Geschubbe vor der großen Scheibe beängstigende Formen an. Die Kleinen, die zwischen den größeren Kindern und den Erwachsenen ein Schlupfloch gefunden haben, drücken sich ihre Nasen platt an dem glatten, kalten Glas und freuen sich über ihre Plätze im ersten Rang bei dieser Sonder- vorstellung. Wer von den Kindern nicht mehr bis nach vorne durchdringen konnte, sucht sich in den Hausruinen gegenüber irgend ein erhöhtes Plätzchen und diese improvisierte Galerie bekundet am lautesten ihre Anteilnahme. Wenn die Vorstellung beginnt, erscheint der Nikolaus im roten, pelzverbrämten Mantel. Eine hohe Kapuze türmt sich über dem bis zur Nasenspitze rötlich angehauchten und von einem weißen Bart umrahmten Gesicht. Leider kann der Nikolaus in seinem Glaskasten nicht zur Öffentlichkeit sprechen und so verständigt er sich durch Zeichen und durch Schilder mit Aufschriften. Wenn er schriftlich anfragt, ob die Kinder alle brav gewesen sind, ertönt ein hundertstimmiges „ja“. Zur Weihnachtszeit gibt es in ganz Mannheim ja nur brave Kinder. Die Rute, die der Nikolaus ab und zu hinter seinem Rücken hervorholt, macht daher auch nur auf einige ganz Kleinen Eindruck, die noch auf dem Arm der Mutter sitzen. Selbst die Erstkläßler wissen, daß in Baden nicht der Minister Hundhammer für die Kultur sorgt. Die Kinderangenagen werden blank, wenn der Nikolaus alle die schönen Sachen vorführt, aber die Elterngesichter werden lang, wenn er dann die Zettel mit den Preisen hochhebt. Für so manche der Kinder, die in dünnem, ärmlichen Gewand fröstelnd die Nasen an die Scheiben drücken, wird es bei dem Bewundern all der schönen Sachen bleiben, die der Nikolaus aus seinem Sack herausholt und zeigt. Das ist keine „Jedermanns“-Sache und auch zur Weihnachtszeit gilt Goethes angepaßter Ausspruch: „Nein, nein, der Nikolaus ist ein Egoist, und tut nicht gern um Gotteswillen, was einem andern nützlich ist.“

Veranstaltungen der KPD Mannheim

Neckarhausen. Mitgliederversammlung am Samstag, den 19. November, 20 Uhr, im „Felsenkeller“, Ref. Stadträtin Langendorf.

Pfingsberg. Mitgliederversammlung am Samstag, den 19. November, 20 Uhr, Lokal „Pfingsberg“. Referent: Richard Hofmann. Innenstadt West und Ost. Betriebsarbeiterkonferenz, Sonntag, den 20. November, 9.30 Uhr, Lokal „Zur Gemütlichkeit“, Beilstraße 15. Referent: Richard Hofmann.

Sprechstunden des Ernährungs- und Wirtschaftsamts

Die Dienststellen des Ernährungs- und Wirtschaftsamts sind für das Publikum künftig wie folgt geöffnet:

Montag, Mittwoch und Freitag vormittags von 8.30 bis 12.30 Uhr, nachmittags von 13.30 bis 16 Uhr.

Dienstag und Donnerstag, vormittags von 8.30 bis 12.30 Uhr, nachmittags geschlossen. Samstag, vormittags von 8.30 bis 11 Uhr.

Anmeldung zur Meisterprüfung 1950

Die Handwerkskammer Mannheim macht darauf aufmerksam, daß die Anmeldungen zur Meisterprüfung 1950 bis 1. Dezember 1949 erfolgen sollen. Zulassungsgesuche sind bei der Handwerkskammer und bei den Kreis- handwerkskammern erhältlich.

Kurzarbeit in der Zigarrenindustrie

Hockenheim. Fünf Betriebe der Zigarrenindustrie haben Kurzarbeit angemeldet. Rund 300 Arbeiter sind davon betroffen.

Angestellte vielfach schlechter gestellt als Arbeiter

Bedenkliche Auseinandersetzungen zwischen Angestellten-Gewerkschaft und Gewerkschaftsbund

Vor den Mannheimer Delegierten und Betriebsräten der DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) referierte am Dienstagabend im Rosengarten-Restaurant Bezirksleiter Rotweiler über die Notwendigkeit der Angestellten-Gewerkschaft. Das Thema führte mitten in die sehr bedauerlichen und die Gewerkschaftsbewegung schädigenden Auseinandersetzungen zwischen den Industrie-Verbänden und der DAG, die laut Beschluß des Münchener Gewerkschafts-Kongresses nicht in den Gewerkschaftsbund aufgenommen worden ist.

Der Referent begründete die Existenz einer besonderen Angestellten-Gewerkschaft damit, daß in vielen arbeitsrechtlichen, tarif- und sozialpolitischen Fragen ein wesentlicher Unterschied zwischen den Belangen der Arbeiter und denen der Angestellten bestände. Die Angestellten seien eben ein „besonderes Völkchen“, für die man eine besondere Organisation benötige. Der Redner bezweifelte, daß die Angestellten bei den Arbeitern die notwendige Unterstützung für ihre Interessen finden würden.

Unvorsichtigkeit im Verkehr fordert Todesopfer

Eine Frau getötet, ein Radfahrer schwer verletzt

Die Neckarauer Straße — Eimmündung Friedrichstraße — in Neckarau war gegen 22 Uhr der Schauplatz eines sehr schweren Verkehrsunfalles, dem leider eine 52jährige Frau zum Opfer fiel. Die Getötete war im Begriff, mit der Straßenbahn von Neckarau nach Mannheim zurückzufahren und überschritt deswegen vor einer haltenden Straßenbahn der Linie 16 die Fahrbahn. In diesem Augenblick wurde sie von einem aus Richtung Mannheim kommenden PKW erfaßt und zu Boden geschleudert. Die Frau erlitt einen Bruch der Halswirbelsäule und wurde auf der Stelle getötet. Der PKW-Fahrer, der vermutlich unter Alkoholeinwirkung stand, wurde in Haft genommen.

Ein weiterer ernster Unfall ereignete sich auf den Gleisen der OEG-Linie, kurz hinter Neckarhausen. Ein Radfahrer aus Ivesheim, der aus bis jetzt noch nicht geklärten Gründen, vom Wege abgelenkt war, geriet auf die Gleise der OEG. Dabei wurde er von einem OEG-Halbzug, der in Richtung Neckarhausen—Seckenheim unterwegs war, erfaßt und zur Seite gestoßen. In schwerem Verletzungszustand wurde der Bedauernswerte nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht. Es besteht Lebensgefahr.

Diebstahl war ihm zur Gewohnheit geworden

Regelmäßig vorkommende Diebstähle in einer Gemeinschaftsunterkunft beunruhigten die Arbeiter eines hiesigen Großbetriebes. Endlich konnte der Dieb ermittelt und festgenommen werden. Sechsmal griff er in fremde Kleiderschranktüren und jedesmal blieben begehrte Gegenstände an seinen Fingern hängen. Außerdem steht der Bursche in dringendem Verdacht, einen Einbruch in ein Verkaufshäuschen begangen zu haben. Die Kriminalpolizei ist jetzt dabei, sein Sündenregister zu erforschen.

Wem wurde Handwerkszeug angeboten?

Nachstehende Gegenstände wurden bei einem Einbruch in eine hiesige Werkstätte entwendet: 1 elektrische Handbohrmaschine AEG mit 15 Meter Leitungskabel, 1 Brenneinsatz für Schweißgeräte (Fabrikat Griesheim), 1 Satz Schweißseitsätze, Größe 1 bis 20 mm, 2 Sätze Gewindebohrer „Widworth“ von 1/4 aufwärts bis 1 Zoll, 1 Satz Gewindebohrer, metrisches Gewinde von 5—20 mm, 3 Gewindekuppen, 2 verstellbare und 1 starre mit Backen von 5—20 mm, 1 Widworthgewindekluppe von 1/4 bis 1/2 Zoll, 2 Schublehren, 12 Sätze Gewindebohrer, 20 Reib-

den. In den Industrieverbänden würden die Angestellten eine hoffnungslose Minderheit bilden und nur das fünfte Rad am Wagen sein. Auch die Berufsausbildung (Scheinfirmen) könne nur ein Angestelltenverband durchführen. Ein weiteres Argument des Redners war, daß bei allen bisherigen Tarifverhandlungen für Angestellte, an denen auch Industrie-Gewerkschaften teilgenommen hätten, der Angestelltenverband federführend gewesen sei.

Eingehend beschäftigte sich der Redner mit dem Münchener Gewerkschafts-Kongreß. Er erklärte, daß man wegen einem Dogma 300000 Angestellte aus dem Gewerkschaftsbund ausgeschlossen habe, das sei „totalitäre Methode, primitive Gleichmacherei, Verfassung“ usw.

Der Redner führte damit ziemlich schweres Geschütz gegen die Arbeiter-Gewerkschaft ins Feld. Daran ändern auch die Beteuerungen, daß es keine ideologischen Differenzen gäbe, daß man für Zusammenarbeit sei, und daß man auf eine spätere Aufnahme in dem Gewerkschaftsbund hoffe, nichts.

ahnen, Feilen und Schrotfeilen, Flachmeißel, 2 Sätze Schraubenschlüssel, Marke „Stahlwille“, 1 Fräsaapparat mit Fräser, 1 Werkzeugtasche mit kompl. Werkzeug, 1 Kiste mit Schneidmuttern, 1 elektr. Stecklampe. Wenn die angeführten Werkzeuge zum Verkauf angeboten werden, melde es der Kriminalpolizei Mannheim, L 6, 1, Zimmer 127a, Telefon 45031, Kl. 8185.

Und wieder — Gashahn als letzter Ausweg

Ein starker Gasgeruch in einem Hause in der Neckarstadt-West deutet auf ein außergewöhnliches Vorkommnis hin. In der Tat traf man nach gewaltsamen Öffnen der betreffenden Wohnung, die Inhaberin eine verheiratete Verkäuferin, deren Mann seit 1943 in Rußland vermißt wird, bewußtlos auf dem Chaiselongue liegend an. Nach Lage der Dinge hatte die Frau in einer Anwendung seelischer Depression den Gashahn geöffnet um auf diese Weise aus dem Leben zu scheiden. Etwa 1 1/2 Stunden nach ihrem Auffinden ist die Frau verschieden.

Ministerpräsident Maier zum Beamten-Abbau

20 Prozent machen alles verkehrt, 10 Prozent lesen am besten Zeitung

Der Ministerrat hat einen Vorschlag zu der beabsichtigten Verwaltungsreform ausgearbeitet, der im laufenden Haushaltsjahr einen Abbau von ungefähr 7 bis 8 Prozent der Beamten- und Angestellten der staatlichen Verwaltungen, ausgenommen Schulen und Polizei, vorsieht, im kommenden Jahr 15 bis 20 Prozent. Nach dem Vorschlag soll die Altersgrenze auf 62 Jahre herabgesetzt werden, ein Antrag auf Zuruheetzung kann auch ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit schon vom 62. Lebensjahr an gestellt werden. Grundsätzlich darf jede zweite freierwerdende Stelle nicht wieder besetzt werden. Da es sich hier um eine Änderung des Staatshaushaltsgesetzes handelt, ist noch die Zustimmung des Landtages erforderlich. Gleichzeitig wird eine Ausführungsanweisung erlassen, nach der im Staatsministerium ein beratender Ausschuss gebildet wird, bestehend aus dem Personalreferenten des Staatsministeriums, dem geschäftsführenden Direktor der Landesbeamtenstelle und einem Vertreter des Gewerkschaftsbundes, der die Entscheidungen über den Abbau treffen soll. Für Baden tritt zu diesem Ausschuss der Präsidialdirektor des Landesbezirkspräsidenten,

Wenn das durchaus fortschrittliche Industrieverbands-Prinzip „ein Betrieb — ein Verband“ von seiten der Angestellten durchbrochen wurde, dann dürften wohl maßgebende Führer der Gewerkschaftsbewegung nicht ganz schuldlos sein. Der Redner führte an, daß im Jahre 1947 eine Konferenz aller deutschen Gewerkschaften in Frankfurt sich für eine Angestellten-Gewerkschaft ausgesprochen habe. Auch darin kann man dem Redner beipflichten, wenn er behauptet, daß die Führung der Gewerkschaften die Interessen der Angestellten nicht immer gewahrt hat.

So sehr auch der Redner sich Mühe gab, die Notwendigkeit der DAG zu begründen, die Diskussion zeigte eigentlich etwas anderes. Ein Diskussionsredner drückte es so aus: „Wir werden wahrscheinlich durch diesen Streit mehr Mitglieder verlieren als gewinnen. Man sollte die Auseinandersetzungen, so sagte er, nicht als den Streitpunkt Nummer Eins behandeln, sondern das Augenmerk auf die Lage der Angestellten richten. Diese sind heute schlechter daran als die Arbeiter. Ein Hilfsarbeiter verdient oft mehr als ein qualifizierter Angestellter. Diese und ähnliche Feststellungen wurden von mehreren Diskussionsrednern unterstrichen. Die Antwort des Redners auf die Diskussion wie auch die Antwort eines Mitgliedes der Tarifkommission: „Streiken können wir nicht, weil unsere Kassen leer sind, es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Vertreter der Unternehmer davon zu überzeugen, daß wir mit den jetzigen Gehältern nicht auskommen können.“ Der Redner empfahl, in den einzelnen Betrieben zu versuchen, bessere Lohnbedingungen durchzusetzen, aber gerade da würde wohl jedem Angestellten klar sein, daß bessere Gehaltsbedingungen um so eher zu erreichen sind, je enger das Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern und Angestellten ist, und je mehr die Angestellten die Unterstützung der Arbeiterschaft finden. Das ist auch der Grund dafür, daß alle in einem Betrieb Beschäftigten, ganz gleich ob Arbeiter oder Angestellter, in einen Verband gehören.

Immerhin, die Angestellten-Gewerkschaft ist eine Realität. Der Beschluß des Münchener Kongresses, die Angestellten aus dem Gewerkschaftsbund auszuschalten, war falsch. Dieser Beschluß machte die Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten noch tiefer, anstatt die Gegensätze auszugleichen.

die übrigen werden durch die entsprechenden badischen Vertreter ersetzt. Der Ausschuß, der den Ministerpräsidenten berät, muß einstimmig entscheiden, bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Ministerpräsident.

Ministerpräsident Reinhold Maier erklärte auf einer Pressekonferenz, daß der Ausschuß die Gewähr dafür geben würde, daß Angestellte und Beamte gleichmäßig behandelt würden. Ministerialdirektor Kraus vom Wirtschaftsministerium schilderte die heutige Zusammensetzung der Behörden so: 20 Prozent der Beamten und Angestellten arbeiten über Gebühr, 50 Prozent halten ihre Dienststunden ein und 30 Prozent machen alles verkehrt, so daß es meist nochmals gemacht werden muß, die restlichen 10 Prozent lesen am besten nur Zeitung.

Der Ministerpräsident sagte weiter, über die Frage der Auflösung des Arbeitsministeriums werde man noch eine Aussprache mit den Landtagsfraktionen haben, im Kabinett sei man sich ziemlich einig. Wirtschaftsminister Veit weigerte sich aber, die Arbeitsverteilung in sein Ministerium aufzunehmen.

Der Mosbacher Synagogenprozeß

Mosbach (Iwb). Vor dem Mosbacher Schwurgericht hatten sich am Samstag acht Angeklagte wegen Beteiligung an der Niederbrennung und Ausplünderung der Synagoge in Mosbach am 10. November 1938 zu verantworten.

Der ehemalige Bürgermeister von Mosbach, Dr. Himmel, wurde wegen Landfriedensbruch in Tateinheit mit schwerer Brandstiftung und Sachbeschädigung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Dr. Himmel war in erster Instanz freigesprochen worden. Der ehemalige SS-Angehörige Valentin Gottselig erhielt wegen gemeinschaftlicher Nötigung und schwerer Brandstiftung in Tateinheit mit Sachbeschädigung zwei Jahre und eine Woche Gefängnis. Seine lange Internierungshaft wurde bei der Festsetzung des Urteils berücksichtigt, auf die Strafzumessung jedoch nicht angerechnet. Das Gericht stellte dem Angeklagten anheim, ein Gnadengesuch einzureichen. Die Angeklagten Dr. Erich Hausmann und Heinrich Staab erhielten wegen gemeinschaftlicher Nötigung vier bzw. drei Monate Gefängnis. Vier weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Die eigentlichen Brandstifter der Synagoge konnten in der Verhandlung nicht ermittelt werden. Dr. Himmel wurde die Verbrennung eines Scheiterhaufens mit Kultgegenständen aus der Synagoge auf dem Mosbacher Marktplatz als Landfriedensbruch angerechnet. Die übrigen Angeklagten hatten sich zur Zeit der Brandstiftung in der Synagoge aufgehalten und an ihrer Zerstörung mitgewirkt.

Unfall auf dem Hockenheim-Ring

Hockenheim. Bei einem Rekordversuch auf dem Hockenheim-Ring mit einem Volkswagen-Spezial (1100 ccn) überquerte während der dreizehnten Runde ein Fuchs oder ein Hund die Fahrbahn. Der Fahrer bremste, rutschte ab, und der Wagen wurde an die Friedhofsmauer geschleudert. Der Wagen wurde ziemlich stark beschädigt, während der Fahrer ohne Verletzungen davonkam. Das Unternehmen mußte auf diese Weise von 17 1/4 Stunden, während der 283 Runden mit 2090 km zurückgelegt worden waren und alle bis 3000 km bestehenden nationalen Klassenrekorde überboten worden waren, abgebrochen werden.

Kurzarbeit bei „Bechtold & Förster“

In einer mehrstündigen Sitzung befaßte sich Betriebsrat und Betriebsleitung der Seifenfabrik „Bechtold und Förster“ in Weinhelm mit dem Gespenst bevorstehender Entlassungen infolge von Absatzschwierigkeiten der Firma. Nach Meinung der Leitung des Betriebes ist die Notlage bedingt durch die ausgeprägte Konkurrenz der Mannheimer Sunlicht-Werke. Nach langen Erwägungen einigte man sich auf die Einführung von Kurzarbeit, um keine Entlassungen durchführen zu müssen.

Günther stellt aus

Am Samstag, 19. November, 15 Uhr, eröffnet die Galerie Egon Günther in der Langerötterstraße 18/20 eine Ausstellung aus dem Gebiet exotischer Plastiken, moderner Malerei und Graphik. Die Ausstellung zeigt u. a. Skulpturen und Masken aus Afrika und der Südsee.

2115 DM im ersten Rang. Von der fünfzigprozentigen Gewinnausschüttung in Höhe von 539489 DM beim württembergisch-badischen Toto entfallen im Rang I an 83 Gewinner je 2115 DM, im Rang II je 88 DM an 2081 Gewinner und im Volksrang III je 9,50 DM an 18500 Tipper.

Interessengemeinschaft der Besatzungsgeschädigten. Am Freitag, dem 18. November, findet um 19 Uhr im „Schützenhaus“ in Fudenheim, Hauptstraße 150, eine Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft der Besatzungsgeschädigten für den Stadtkreis Mannheim statt.

Affaire ROMAN VON R. A. STEMMLE Copyright 1948 by Filmverlag, Berlin 17. Fortsetzung

„Ich hab' jeden Tag gedacht, daß du kommst. Herr Schwerdtfeger hat gesagt, du würdest bestimmt kommen. Und da hab' ich gewartet. Alle Tage. Er hat gesagt, du kannst auch außer der Reihe, nicht bloß an den Besuchstagen, kommen. Na, nun bist du ja da, Kleinen, nun erzähl mal, wie geht's, was machst du, geht's dir gut?“

Gabler redete und redete. Er redete mit Engelszungen, halblaut, ohne die Tonart zu wechseln, ohne Modulation; es klang wie eine Litanei. Dabei betastete er Christina mit den Augen, saugte sich an ihr fest.

Das konnte sie zur Genüge. So fing es stets bei ihm an. Und dann verfiel sie ihm hemmungslos.

Noch widerstand sie. Der Maschendraht schützte. Sie sah ihn an, wie man einen zerbrochenen Topf betrachtet. Einen zerknirschten Sträfling vorzufinden, hatte sie erwartet, einen reumütigen, kleinlauten Sünder. Doch was da auf sie einredete, das war der Draufgänger, das freche Subjekt, von dem sie sich einst hatte verführen lassen. Er hatte sie verlobt, in Grund und Boden verlobt. Nun stand er da hinter dem Maschendraht, und nichts an ihm verriet Leid oder Läuterung. Nein, er war selbstsicher, brutal, herausfordernd.

„Wie schön du bist, Christina! Hast du das Haar anders?“

„Wie immer.“

„Ich dachte.“

Schwerdtfeger stand mit dem aufsichtsführenden Beamten am Fenster. Beide wandten dem Paar den Rücken zu.

„Nun, erzähle doch mal! Hast du eine neue Stelle?“

„Nein.“

„Wirst schon eine finden, was? Komm doch ein bißchen näher! Ja, so.“

Und dann, geflüstert: „Hast du mich noch lieb?“

Christina sah Gabler an und schüttelte den Kopf.

Gablers Lächeln erstarrte. Er weiß nicht, ob Schwerdtfeger seine leise Frage gehört hatte. Das Kopfschütteln Christinas hatte er jedenfalls nicht gesehen. Und darum sprach er, als sei es ein Kopfnicken gewesen:

„Das weiß ich. Natürlich. Du bist mein Kerlchen. Du läßt mich nicht im Stich. Wir beide!“

Christina sah ihn verwirrt an. Hatte er sie mißverstanden? Aber dann sah sie das Böse in seinen Augen funkeln, sah ein halbes, erstarrtes Grinsen. Da wußte sie, daß er vor Schwerdtfeger spielte. Sie spürte die Bedeutung aus jedem Ton:

„Wir gehören zusammen, nicht? Nach dem, was alles war, und ganz gleich, was alles noch kommt. Du bleibst bei mir, Christina, ja?“

Wieder schüttelte Christina mit zusammengepreßten Lippen den Kopf.

Gabler schielte zu Schwerdtfeger. Der hatte wieder nichts gesehen, und so sagte Gabler mit zärtlicher Stimme, aber mit drohendem Gesicht:

„Und ich komme ja auch mal wieder raus. Das kann bald sein. Dann bin ich gleich wieder bei dir. Und wenn du in einer andern Stadt bist — und du gehst doch in eine andere Stadt, wen du hier nichts findest, nicht wahr —, dann komm' ich gleich zu dir, Kleines.“

Christina blickte ihn jetzt ebenfalls böse an.

„Und dann danke ich dir für alles. Für deine Treue. Und wie du zu mir gehalten hast, Christina.“

Schwerdtfeger wurde ungeduldig. Nicht wegen Ueberschreitung der Sprechzeit, son-

dern wegen der ausschließlich von Gabler bestrittenen Konversation. Es paßte ihm keineswegs in den Kram, daß die Burmann andächtig zuhörte und nur ab und zu ein Wörtchen hauchte. Er wandte sich zu den beiden um. Dem Minenspiel des Mädchens entnahm er, daß der Mann nichts zur Sache Gehörendes vorbrachte. Sein Lächeln ließ keinerlei Schlüsse auf den Inhalt seiner Rede zu. Gabler lächelte auch, wo andere die Stirne furchten. Er spürte, daß Schwerdtfeger jetzt zu ihm hinschaute.

„Es wird schon alles gut, Christina“, sagte er. „Ich muß jetzt immer, wenn ich in meiner Zelle sitze und immer wieder alles zerlege und zergrübele, an unseren Wahlspruch denken: „Das Leben ist gefährlich, aber es übt kolossal.“

„Endlich kommt er zur Sache“, dachte Schwerdtfeger befriedigt. Da sagte Christina:

„Ich möchte jetzt gehen.“

Schwerdtfeger war genau so überrascht wie Gabler. Der sah auf die große Uhr an der Wand, auf der ein Sekundenzeiger Strich um Strich weiterrückte.

„Schon? Aber es sind doch erst ein paar Minuten. Du darfst doch länger hier sein.“

Er wandte sich um Bestätigung an Schwerdtfeger.

„Natürlich. So lange sie wollen, Fräulein Burmann. Das kommt nicht drauf an.“

„Christina! Bleib doch noch!“

„Nein, ich möchte gehen.“

Sie strich den Handschuh straff, den Blick ins Leere geheftet.

„Auf Wiedersehen!“ rief sie, bevor sie das öde Lokal verließ. Sie rief es auf einmal ganz unbefangen, als befände sie sich in einer Konditorei.

„Auf Wiedersehen, Christa! Auf Wiedersehen!“

Schwerdtfeger glitt an Christinas Seite: „Das war nicht richtig, Fräulein Burmann. Sie haben ihn nun zum ersten Male hinter Gittern gesehen — aber das besagt noch gar nichts.“

Die Gittertür wurde von innen aufge-

schlossen, und sie traten wieder in den Warteraum. Schwerdtfeger ist schwer enttäuscht:

„Ich hatte gedacht, Sie würden ihm zu-

reden, daß er alles sagen soll. Sie hatten es versprochen.“

Christian schwieg. Dafür sagte eine andere Stimme neben Schwerdtfeger:

„Ich möchte mit dem Untersuchungsrichter sprechen.“

Frau Sabine Blum hatte in dem Warteraum, der sich inzwischen fast geleert hatte, gedrigd ausgeharrt. Schwerdtfeger sah sie unwillig an:

„Das ist unmöglich. Er ist in einer Verhandlung.“

An der Gittertür rief der Beamte mit schallender Stimme einen neuen Besucher auf:

„Albert Preier.“

„Es will mir nicht in den Kopf, warum gerade ich nicht zu meinem Mann darf.“

Schwerdtfeger wurde ungeduldig.

„Das hab' ich Ihnen schon gesagt. Ihr Mann steht unter Mordverdacht. Machen Sie keine Schwierigkeiten!“

Da sah er, daß Christina Burmann schon fortgegangen war. Jetzt war er richtig ärgerlich. Die Frau wich nicht von seiner Seite. Er nahm sich zusammen, sagte leise, aber gequält:

„Sie glauben, daß Sie hier benachteiligt werden. Daß ausgerechnet Ihnen etwas vorenthalten wird. In keiner Weise. Sie können aber auch ebensovornig bevorzugt werden. Was hier geschieht, geschieht nur nach dem Gesetz.“

Christina Burmann holte ihre Koffer aus der Pension am Bahnhof, setzte sich in den Wartesaal und fuhr mit dem ersten Zug ins Rheinland.

Sein Chauffeur Bremer ist Nummer sechs. Sie haben sich, seitdem man ihnen die Fingerabdrücke abnahm, nicht wieder gesehen. Bremer, der sich noch seine Jacke zuknöpf, nickt Dr. Blum zu. Der nickt zurück.

„Aufdrücken!“

Die Untersuchungsgefangenen rücken auf und stehen in einer Reihe. Es sind zehn Männer. Sie stehen durcheinander, große, kleine, alte, junge. Einige mit guten Gesichtern, einige sehen aus wie lebendig gewordene Steckbriefe. Möglich, daß sich ein paar schwere Jungen darunter befinden.

Der Gefangene neben Dr. Blum zischelt ihm zu:

„Wat wird denn nu?“

„Ruhe!“

Der Kriminalassistent Lorenz, der Mann mit dem Gillettegesicht, geht die Reihe kritisch entlang, dann winkt er Dr. Blum heraus.

„Bitte, stellen Sie sich mal hierher!“

Dr. Blum rückt als Vierter von rechts ein. Neben ihm steht ein alter Mann, dessen Hände vor Aufregung heftig zittern.

Dr. Blum macht einen gleichmütigen Eindruck. Ihn vermag nichts mehr zu erschüttern. Er weiß, das ist heller Wahnsinn, was sie mit ihm treiben, und er weiß, daß sich seine Unschuld herausstellen wird. Er hat Geduld und Zuversicht.

Er hat weder Geduld noch Zuversicht. Sondern er spinnt — wie die Wärter es nennen.

„Spinnen“ bezeichnet den Normalzustand eines jeden Untersuchungsgefangenen, der der Freiheit beraubt ist, ohne sich beschäftigen zu können; der zum xten Male aus der Gefängnisbücherei das Buch von den deutschen Kolonien liest und sich nun vor dem Pincenez des im Bilde vorgeführten Dr. Carl Peters ekelt.

Auch ein weniger lebhafter Geist als Dr. Blum bekäme einen Knacks. Auch ein weniger phantastiebegabter Zeitgenosse als Blum würde seelisch verkümmern.

Es ist also nicht innere Harmonie, die ihn so beherrscht erscheinen läßt. Sondern, wie gesagt, er spinnt.

Nachrichten aus Karlsruhe

Falsche Zackermarken ein gross
Karlsruhe. Vor dem amerikanischen Militärgericht in Karlsruhe fand der Prozeß gegen eine Lebensmittelmarken- und Geldfälscherbande...

Schwere Bahndiebstähle
Für die auf dem Frankfurter Hauptbahnhof in der Zeit von 1947 bis 1949 verübten Expressgut-Diebstähle wurde folgendes Urteil durch die Erste Strafkammer gefällt...

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe
Funktionärversammlung, 21. November 1949, 19 Uhr, im „Württembergischer Hof“...

Schulungskurs, 22. November 1949, 19 Uhr, im Parteibüro. Lehrer: W. Wasserthal; Thema: „Geschichte der KPdSU.“

Nachrichten aus Eberbach
Öffentliches Forum
In dem gut besuchten zweiten öffentlichen Ausspracheabend wurden speziell der städt. Haushaltsplan und die für Eberbach bedeutende Waldwirtschaft zur Debatte gestellt...

In einem lehrreichen Vortrag von Oberforststrat Fuchs wurde die städt. Forstwirtschaft behandelt. Eberbach hat einen Waldbesitz von 3900 ha, davon sind 1900 ha Hochwald...

In 10 Monaten 15,1 Millionen DM Besatzungskosten

Karlsruhe hätte damit 1400 Wohnungen schaffen können

Während der Beratung des städtischen Haushaltsplans in der letzten Woche richtete Stadtrat Dietz (KPD) an die Stadtverwaltung die Frage nach der Höhe der Besatzungskosten...

städtische Rechnung 8,68 Millionen DM für Besatzungskosten geschleust. In den zehn, rechnerisch abgeschlossenen Monaten des Jahres 1949 belief sich die Leistung für die Besatzung und der damit verbundenen Kosten...

einandergepreßt zu hausen, wenn dieses Geld den deutschen Bedürfnissen zur Verfügung stehen würde.

Bezeichnenderweise sind in Karlsruhe seit dem Umbau der Militärregierung in eine Hohe Kommission die Besatzungskosten weiterhin gestiegen, nachdem es in der letzten Hälfte 1948 den Anschein hatte, daß sie zurückgehen...

Sie wollte ihren Mann ermorden

Landshut. Wegen versuchten Totschlages an ihrem fünften Ehemann hatte sich am Montag die 46jährige Ehefrau Maria Heinrich vor dem Landshuter Schwurgericht zu verantworten...

Wieder in Berghausen
Aus russischer Gefangenschaft sind in den letzten Tagen heimgekehrt: Fritz Allion und Gerhard Stier; aus französischer Gefangenschaft kehrte Paul Fritz-Derneck heim.

Gegen die Vertragskündigungen bei den Staatstheatern

Eine Erklärung des Arbeitsministeriums

Das Arbeitsministerium hat sich in einer Sitzung am 3. November 1949 mit den arbeitsrechtlichen Fragen befaßt, die sich aus der Kündigung der Verträge des gesamten Solopersonals von Oper und Schauspiel...

standenen Problems seine Unterstützung angeboten und der Intendant der Württ. Staatstheater den Vorschlag unterbreitet, eine Kommission einzusetzen mit dem Auftrag, Vorschläge für die Reorganisation der Staatstheater auszuarbeiten...

Das nennen sie „Propaganda-Antrag“

KPD will hilfsbedürftigen Flüchtlingen helfen

Walldorf. Bei der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 10. November stand unter anderem Punkten auch die Wiedereinführung der Ausgabe von Gahholz an 470 berechnete Bürger auf der Tagesordnung...

matvertriebene meldeten, deren Berufsgruppen in Württemberg-Hohenzollern bereits voll besetzt sind, zeigten andererseits Berufsgruppen mit Aussicht auf sofortige Beschäftigung bei den Flüchtlingen eine starke Unterbilanz...

Die komm. Rathausfraktion stellte zu diesem Antrag den Zusatzantrag, daß auch an die älteren und hilfsbedürftigen Heimatvertriebenen dieselbe Menge (2 Ster und 1 Viertel) ausgegeben werden soll.

Dieser doch in jeder Hinsicht soziale Antrag unserer Fraktion wurde vom Bürgermeister als ein Propagandaantrag bezeichnet und von den bürgerlichen Parteien zum Teil in sehr erregten Ausfällen abgelehnt...

Vierzig Prozent sind Flüchtlinge
Tübingen (Iwb). Unter den im laufenden Jahr in Württemberg-Hohenzollern aufgenommenen Flüchtlingsumsiedlern befinden sich, wie aus einer Mitteilung des Landesarbeitsamts hervorgeht, entgegen der ursprünglichen Annahme, insgesamt 12000 arbeitsfähige Personen...

Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus

Eine offene Aussprache in Berghausen

Berghausen. Vergangenen Donnerstag versammelten sich auf Einladung des Schulausschusses die Lehrerschaft, die Geistlichkeit, die Gemeindebehörde und die Elternschaft im Bürgersaal, um über das Erziehungsproblem der Schuljugend zu diskutieren...

tungen, Veranlagungen und allgemeines Verhalten der Kinder auszusprechen. Auch sollen die Eltern die Lektüre ihrer Kinder überwachen, damit sie nicht durch Schundliteratur vergiftet werden...

Wertvolle Fracht
Bopfingen (Iwb). Bei einer Verkehrskontrolle stellte die Landespolizei einen Bopfinger Händler, der eine größere Menge unverzollter Waren geladen hatte...

Quer durch das Land

„Bodenreform“ im Kreis Wertheim
Wertheim. Nach drei Jahren „Siedlungsgesetz zur Bodenreform“ haben nunmehr 11 Flüchtlinge von dem Gelände des Neuhofes...

Studenten müssen hausieren gehen
Tübingen. Die große Not in den Studentenkreisen hat dazu geführt, daß sich hunderte von Studenten als Hausierer ihr Studiergeld verdienen. Der Leiter des Fachverbandes des ambulanten Gewerbes in Württemberg-Hohenzollern, Martin Rinker, erklärte, daß das Auftreten der hausierenden Studenten sehr zu wünschen übrig lasse...

Tauberbischofsheim. Im Kreis Buchen und im Kreis Tauberbischofsheim werden Schutzimpfungen gegen die Volkskrankheit Tbo durchgeführt. Die Impfungen, die das Dänische Rote Kreuz in gemeinsamer Arbeit mit dem Staatlichen Gesundheitsamt an Kindern durchführt, sind kostenfrei und erfolgen auf freiwilliger Basis...

Ruin der Kleinbauern durch Soforthilfe-Abgabe
Adelsheim. Die Bauern von Adelsheim befaßten sich in einer Versammlung mit der Soforthilfe-Abgabe. Die Durchführung dieser Abgabe in der bisherigen Höhe würde den Ruin der landwirtschaftlichen Betriebe bedeuten...

Immer heldenmütig
Hamburg (Reeperbahn). „Retten Sie erst die Frauen und Kinder, ich kann schwimmen“, lachte ein sich räuberndes Matrose, als die Polizei versuchte, den Schwerbetrunkenen bei strömendem Regen aus der Gosse zu ziehen.

Karlsruher-Einkaufsquellen der „Volksecho“-Leser!

Danksagung!
Für die Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem tragischen Tode meiner Tochter Lore sage ich allen Freunden und Bekannten herzlichen Dank. Frau Paula Titelius

Achtung! Achtung!
Steg-Textilien
Alles neue Ware! Herren- und Damenmäntel, Schneemäntel, Herrenjackets, Arbeitsjackets, Skihosen, Hosen für Bäcker und Maler, Pelzwebfütter, einknopfbar, und anderes. Emil Laub, Kaiserstraße 43 gegenüber der Hochschule

Thome-Möbel
Möbelfabrik - Inneneinrichtung
Karlsruhe - Herrenstraße
Reichhaltige Auswahl in:
Schlafzimmer und Küchen
Besichtigen Sie unverbindlich unsere neuen Ausstellungsräume

Geschäftseröffnung!
Am Donnerstag, dem 17. November 1949, eröffne ich ein Spezialhaus für Feinkost und Lebensmittel
Leopold Frank, Metzgermeister, Karlsruhe
Zähringerstraße 44

Hanok
Das große Fachgeschäft mit eigener Fabrikation
Zweigstelle der Firma Hermann Hauck, Kinderwagenfabrik, Scherzheim-Baden (Iwb)
eröffnet wieder
im Stadtzentrum Karlsruhe, Karlstr. 41, Tel. 394 zwischen Hauptpost u. Karlsruher Hauptpost

Möbel Karrer
Karlsruhe, Philippstr. 19

Sonntag, den 20. November 1949, 15 Uhr, Städtisches Konzerthaus, Karlsruhe
GYMNASTIK · TURNEN
WEGE ZUR KÖRPERSCHULUNG
Eintrittspreise: 2.—, 1.60 und 1.— DM, Jugendliche unter 16 Jahren 50 Pfg. an der Kasse erhältlich. Karten im Vorverkauf bei der Geschäftsstelle, Kaiserstraße und bei den Mitgliedern erhältlich.
FREIE SPIEL- UND SPORTVEREINIGUNG KARLSRUHE

Geschäftseröffnung! Wir eröffnen am Montag, dem 20. 11., in der Winterstr. 2, neben dem Kaffee am Zoo unser Geschäft
PAPIER- UND SCHREIBWAREN
RAUCHWAREN, LEIBBÜCHEREI
Alle Freunde und Bekannte bitten wir um freundlichen Zuspruch
KARL ROHWEDDER UND FRAU

Inserieren BRINGT GEWINN!
STOFFE FUER DIE WINTERZEIT
Preis und Güte sind entscheidend
LEIPHEIMER & MENDE
Gegründet 1836

Kastenwagen DM 58,—
Korbkinderwagen DM 65,—
Sportwagen DM 28,—
Staubwagen DM 16,50
Puppenwagen DM 26,—
Wir führen ferner Korbwaren aller Art und Spielwaren sowie sämtliche Zubehör- u. Ersatzteile für Kinder-, Sport- und Puppenwagen. Sämtliche Reparaturen, Verdeckneubezüge und dergl. werden kurzfristig fabrikmäßig ausgeführt.
Besichtigung u. fachmännische Beratung jederzeit gerne und unverbindlich.

Sonder-Angebot!
Anzüge, Nadelstreifen, sehr gute Qualität 98,—
Anzüge, n. Maß m. Probe 118,—
Anzüge, Kammg., n. Maß 158,—
Herren-Wintermäntel ab 65,—
Herren-Übergangsmäntel reine Wolle 118,—
Kombi. Hosen in allen Größen Kostime 39,—
Etagegeschäft
E. Kammerer, Karlsruhe
Steinstraße 3 (Rüppurrer Tor)

„MATADOR“
1 To.-Vierrad LKW-VW/Motor
DM 270.— Jahressteuer 10 ltr./100 km
Benzinverbrauch
„HANSEAT“
1/4 To.-Dreirad Lieferwagen
DM 48.— 6 ltr./100 km
Gen.-Vertreter: ERNST HIRT
Spez.-Rep.-Werkstatt — Ersatzteillager
Karlsruhe 117 KARLSRUHE Ruf 8132

DIE PAPIERHANDLUNG
KARLSRUHE
Zuckert
Mein wieder aufgebautes Ladengeschäft
Waldstraße 46
zwischen Amalien- u. Sofienstr.
ist eröffnet